

Wirtschaftsdemokratie und Ökologie

Studierende der Universität Bern untersuchten die Zusammenhänge von Ökologie und Wirtschaftsdemokratie. Die wissenschaftliche Literatur half ihnen wenig. Sie fanden Antworten in der wirtschaftlichen Praxis und kamen zum Schluss, dass demokratisch geführte Unternehmen einen positiven Einfluss auf die Ökologie ausüben können. Sie verdienen gefördert zu werden.

Eine transdisziplinäre Lehrveranstaltung im Herbstsemester 2020 der Unit «Kritische Nachhaltigkeitsforschung» des Geographischen Instituts der Uni Bern ist zusammen mit 21 Studierenden, drei Dozenten, zwei Pionieren und Sachverständigen der Wirtschaftsdemokratie (und Mitgliedern des Denknetz) sowie zehn Praktiker*innen, die in Genossenschaften arbeiten, folgender Frage nachgegangen: Ist die Wirtschaftsdemokratie nicht nur gut für die soziale und politische Befreiung von wirtschaftlicher Fremdbestimmung, sondern ist sie auch ein erfolgversprechender Weg zu ökologisch nachhaltigeren Wirtschaftsmodellen? Die Frage resultierte aus der gemeinsamen Arbeit an den «34 Thesen zur Demokratisierung der Wirtschaft», die im Denknetz entwickelt wurden.¹

Zur Beantwortung der Frage wurde zuerst die wissenschaftliche Literatur konsultiert. Viele überzeugende Arbeiten zum Thema des Zusammenhangs von Wirtschaftsde-

mokratie und Ökologie gab es nicht. Die Mainstream-Nachhaltigkeitsdebatte riskiert zu einem «Grünwaschgang» für privat- und staatskapitalistische Unternehmen zu werden. Die angepeilte ökologisch nachhaltige Wirtschaft soll darüber hinwegtäuschen, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise – grün oder nicht – den Grundwiderspruch der kapitalistischen Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der natürlichen Ressourcen nicht lösen kann. Eine umfassend nachhaltige Wirtschaft braucht, neben dem Einbezug der Ökologie, vor allem auch die Emanzipation von Fremdbestimmung zugunsten von Demokratisierung und Selbstbestimmung.

Die «richtige» Rechtsform reicht nicht

Die Interviews mit den Praktiker*innen aus der Genossenschaftsbewegung zeigten klar, dass die beiden Bereiche gut

“ Die Mainstream-Nachhaltigkeitsdebatte riskiert zu einem «Grünwaschgang» für privat- und staatskapitalistische Unternehmen zu werden. ”

zusammenspielen können, wie z.B. in der solidarischen, meist biologisch orientierten Landwirtschaft oder im Bereich der Technologieherstellung zur Nutzung oder Verteilung von erneuerbaren Energien. Es fanden sich aber auch Arbeiten, welche klar machen, dass genossenschaftliche Rechtsformen keine Garantie gegen reine Wachstumsorientierung – und damit auch keine Garantie für die angemessene Berücksichtigung von ökologischen Nachhaltigkeitsbelangen sind. Migros, Coop oder auch Fenaco sind Beispiele hierzu. Sie zeigen, wie die fehlende demokratische Partizipation ihrer Mitglieder dazu führen kann, dass deren Manager*innen ein einseitiges Wachstumsmodell verfolgen, das die ökologischen Nachhaltigkeitsaspekte ebenso an zweite oder dritte Stelle setzt, wie bei den kapitalistischen Nahrungsmittelkonzernen Aldi oder Nestlé. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung: Die zentrale Frage ist

Mitbestimmung und Selbstverwaltung noch die «automatisch» bessere Berücksichtigung von ökologischen Belangen.

- Ökologie und Wirtschaftsdemokratie können nur dann wirklich strukturell gekoppelt werden, wenn der Wunsch nach Selbstverwaltung der Mitglieder/Miteigentümer*innen der Unternehmen ebenso wichtig ist wie deren Bedürfnis, ökologische Belange als Systemgrenze in die selbstverwalteten wirtschaftlichen Aktivitäten einzubeziehen.

Die Ebenen verknüpfen

Von den Interviews ausgehend haben die Studierenden Vorschläge ausgearbeitet, die zur Ausweitung wirtschaftsdemokratischer Betriebe und zur Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit beitragen würden. Die vier Vorschläge behandelten wirtschaftsdemokratische Ansätze zur Expansion von erfolgreichen Konsument*innen-Produzent*innen-Genossenschaften, die Reduktion von Food Waste, die Gestaltung von neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen und

die Schaffung eines Dachverbandes von ökologisch orientierten Genossenschaften. Interessant war, dass alle vier Vorschläge in der Verbindung der lebensweltlichen und persönlichen Werteebene mit der Betriebs- und Gesellschaftsebene das grösste Potenzial sahen. Die Gruppe, welche einen Vorschlag zu neuen Rahmenbedingungen entwickelte, brachte das in einer dreiteiligen Strategie zum Ausdruck:

1. Der rechtliche Rahmen soll durch die Politik so verändert werden, dass es administrativ und rechtlich einfacher wird, Genossenschaften und damit lokale Kreisläufe zu bilden.
2. Anstelle weniger grosser Genossenschaften sollen viele kleinere Genossenschaften entstehen. Damit kann das Mitspracherecht des/der Einzelnen optimal genutzt werden.
3. Komplementär braucht es die Förderung von Bildungsmaßnahmen, welche den individuellen Wertewandel mit dem Engagement in einer Genossenschaft verbindet.

nicht die nach der Rechtsform, sondern die nach den darüber hinausgehenden Bedingungen, die es braucht um sicherzustellen, dass z.B. Genossenschaften die ökologische Nachhaltigkeit besser integrieren können als staatliche oder privatkapitalistische Unternehmen.

Da die Wissenschaft noch wenig sagen kann, war klar, dass die Frage am besten mit Menschen aus der wirtschaftsdemokratischen Praxis untersucht werden kann. Dazu wurde ein transdisziplinärer Dialog zwischen Studierenden und Praktiker*innen aus Genossenschaften und alternativen Organisationen etabliert. Die Studierenden führten in vier Gruppen vertiefende Interviews mit Personen aus folgenden Bereichen beziehungsweise Unternehmen durch: Landwirtschaftliche Genossenschaften (Landi & Fenaco), Wohnbaugenossenschaft Warmbächli, Produzent*innen-Konsument*innen-Genossenschaft Basimilch, Verein Detailwandel, welcher die demokratische Mitbestimmung der Coop-Genossenschaft*innen stärken möchte, sowie Alternative Bank Schweiz (ABS).

Folgende Schlüsse konnten aus den Interviews gezogen werden:

- Die Genossenschaften erlauben, die Grundwerte der in ihnen organisierten Menschen gut zur Geltung zu bringen, jenseits von struktureller oder rechtsformbedingter Fremdbestimmung.
- Wie die Erfahrungen von Fenaco, dem Verein Detailwandel, Coop oder der ABS (die eine AG ist) zeigen, garantiert die Rechtsform der Genossenschaften alleine weder die effektive betriebliche

Die Diskussion der Vorschläge im Kreis der interviewten Praktiker*innen am Ende des Semesters bestätigte die Bedeutung solcher integrierten Strategien. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass solche Strategien an ihrer Einbindung in das «feindliche» Umfeld der kapitalistischen Wirtschaftseinheiten scheitern können. Es wurde festgehalten, dass es neben der Vereinfachung der Gründung von Genossenschaften auch wichtig sei, ihnen «marktunabhängige», solidarische und nicht-profitorientierte Zugänge zu Land (Wohnbau, Landwirtschaft), Kapital, Weiter- und Ausbildungsmaßnahmen gewähren zu können.

Die Diskussionen zeigten auch, dass es nicht reicht, wenn nur möglichst viele wirtschaftsdemokratische Betriebe Umweltaspekte besonders berücksichtigen. Es braucht auch eine Einbettung solcher Vorreiter der Nachhaltigkeitstransformation in das weitere gesellschaftliche Umfeld, sprich die Unterstützung durch Politik und Wirtschaft und auch eine breite Anerkennung und Wertschätzung seitens der Gesamtbevölkerung. Nur so kann das Potenzial der Wirtschaftsdemokratie zur Förderung einer umweltgerechten Wirtschaftsstruktur voll zur Blüte gebracht werden.



Schematische Darstellung des Problem- und Lösungsansatzes



Stephan Rist
Professor für Humangeographie
an der Universität Bern